

Amtsblatt für die Stadt Vetschau/Spreewald

„Neue Vetschauer Nachrichten“

Jahrgang 2021 · Vetschau/Spreewald, den 6. Oktober 2021 · Nummer 9

Impressum

Herausgeber: Stadt Vetschau/Spreewald, Schloßstraße 10, 03226 Vetschau/Spreewald

Verantwortlich für den amtlichen Teil: Stadt Vetschau/Spreewald, Der Bürgermeister Bengt Kanzler

Verlag und Druck: LINUS WITTICH Medien KG, 04916 Herzberg (Elster), An den Steinenden 10, Telefon (0 35 35) 4 89 -0

Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf und wird an alle erreichbaren Haushalte im Gebiet der Stadt Vetschau/Spreewald kostenlos verteilt. Außerhalb des Verbreitungsgebietes kann das Amtsblatt in Papierform zum Jahresabonnementspreis von 54,00 Euro (inkl. Mehrwertsteuer und Versand) oder per PDF zu einem Preis von 3,50 Euro pro Ausgabe über die LINUS WITTICH Medien KG, An den Steinenden 10, 04916 Herzberg (Elster) bezogen werden.

Inhaltsverzeichnis der amtlichen Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachung

- Amtliche Bekanntmachungen des hauptamtlichen Bürgermeisters

- Bekanntmachung der Stadt Vetschau/Spreewald zum Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 01/2018 „Altstadt Wohnen I“ der Stadt Vetschau/Spreewald Seite 2
- Bekanntmachung über die Durchführung eines Volksbegehrens „Volksinitiative zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge für ‚Sandpisten‘“ Seite 3
- Wózjawjenje wó pšewježenju ludowego póžedanja “Ludowa iniciatiwa za wótpóranje wótwórjeńskich pšinoskow za ‘pěskowe pisty” Seite 5

Öffentliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung der Stadt Vetschau/Spreewald zum Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 01/2018 „Altstadt Wohnen I“ der Stadt Vetschau/ Spreewald

Über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB Bau-gesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728) i. V. m. dem Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Plansicherstellungsgesetz – PlanSiG) vom 20.05.2020 (BGBl. I S. 1041), dass zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald hat in ihrer Sitzung am 23.09.2021 den Bebauungsplan Nr. 01/2018 „Altstadt Wohnen I“ mit Begründung (Stand August 21) gebilligt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 BauGB beschlossen.

Der Bebauungsplan Nr. 01/2018 „Altstadt Wohnen I“ der Stadt Vetschau/ Spreewald wird als gemeindlicher Bebauungsplan der Innenentwicklung, im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB und ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB aufgestellt. Von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB wird abgesehen.

Das Plangebiet liegt an der Ernst-Thälmannstraße und betrifft das Areal des ehemaligen REWE Marktes, siehe Übersichtsplan.

Die von der Planung betroffenen Grundstücke befinden sich in

der Gemarkung von Vetschau, Flur 5 Flurstücke 765, 596 und 48 mit einer Gesamtfläche von ca. 1 ha.

Planungsziel ist die planungsrechtliche Sicherung von Flächen für Wohnen sowie die Wohnnutzung nicht wesentlich störende gewerbliche und soziale und andere Nutzungen zu ermöglichen.

In Verfahren nach dem Baugesetzbuch ist eine öffentliche Bekanntmachung angeordnet und nach den dafür geltenden Vorschriften die Auslegung zur Einsichtnahme vorgesehen, auf die nach den für die Auslegung geltenden Vorschriften nicht verzichtet werden kann.

Entsprechend § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (**Plansicherstellungsgesetz – PlanSiG**) wird die Auslegung durch eine Veröffentlichung im Internet ersetzt.

Der Entwurf der Unterlagen wird in der Zeit vom **13.10.2021 bis einschließlich zum 15.11.2021** in das Internet eingestellt und ist über die Homepage der Stadt Vetschau/Spreewald unter dem folgenden Link einsehbar:

<https://www.vetschau.de/verwaltung-buergerservice/oefentlichkeitsbeteiligung>.

Gemäß § 3 Abs. 2 PlanSiG wird ein zusätzliches Informationsangebot ermöglicht. In diesem Sinne besteht die Möglichkeit, eine

Zusendung der Unterlagen anzufordern oder eine Einsichtnahme der Unterlagen in der Stadt, Fachbereich Bau, Zimmer 302 während folgender Dienstzeiten:

Montag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und
13.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Dienstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und
13.30 Uhr bis 18.00 Uhr
Mittwoch von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und
13.30 Uhr bis 15.00 Uhr
Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und
13.30 Uhr bis 17.00 Uhr sowie
Freitag von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr
vorzunehmen.

Besondere Anforderungen an die Einsichtnahme in der Stadt aufgrund der Covid-19-Pandemie:

Ihre Einsichtnahme- und Beteiligungsrechte vor Ort bleiben unberührt. Die Einsichtnahme ist nach vorheriger Terminvereinbarung möglich.

Es wird darum gebeten einen telefonischen Termin zur persönlichen Einsichtnahme der Planunterlagen bei:

Frau Lehmann unter 035433 77772 vorab zu vereinbaren.

Sollten sich die Zugangsbedingungen zum Rathaus auf Grund einer erneuten kompletten Schließung für den Publikumsverkehr ändern, wird darum gebeten, dass sie Ihre Stellungnahme nur auf dem elektronischen Weg, oder über den Postwurfkasten an die Stadt übergeben. Die Einsicht in die Planunterlagen ist dann

nur noch Online über den oben angeführten Link möglich. Bis zum Ende der Auslegungsfrist können auch Anregungen auf dem elektronischen Übertragungsweg über folgende E-Mailadresse (bau@vetschau.com) abgegeben werden.

Aus Gründen der Pandemiebekämpfung wird die Einsichtnahme in die Unterlagen im Internet empfohlen.

Stellungnahmen, die nach Fristablauf eingehen, können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage des § 3 BauGB in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO und dem Landesdatenschutzgesetz (LDStG). Sofern Sie ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt: Informationspflichten

bei der Erhebung von Daten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach BauGB (Art. 13 DSGVO), welches mit ausliegt.

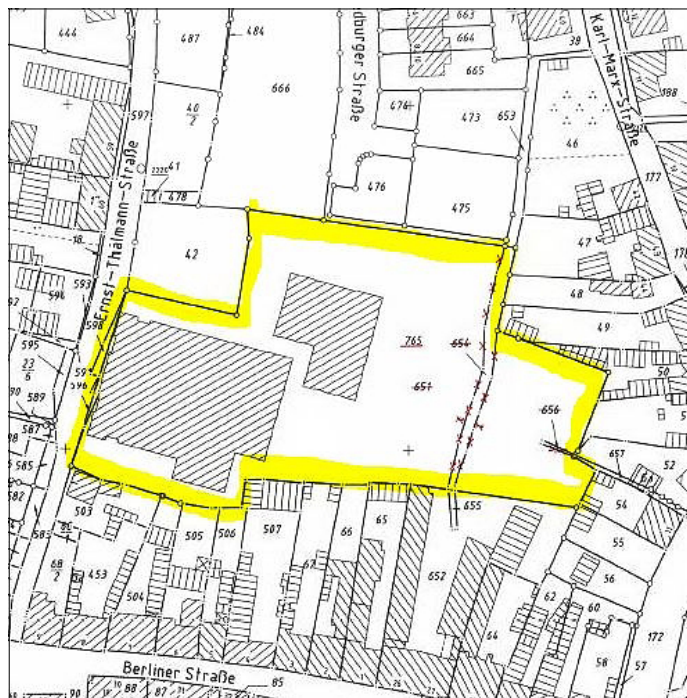
Folgende umweltbezogene Informationen sind verfügbar bzw. wesentliche umweltbezogene Stellungnahmen liegen vor und können während der Auslegungszeit eingesehen werden:

Unterlagen

- Landschaftsplan zum Flächennutzungsplan (Stand Mai 2006)
- Integrierter Grünordnungsplan zum Bebauungsplan (Stand März 2012)
- Landkreis OSL vom 11.03.2019
- Gemeinsame Landesplanungsabteilung, GL6 vom 19.03.2019



Bengt Kanzler
Bürgermeister



Abstimmungsbehörde: Stadt Vetschau/Spreewald
 Gemeinde: Stadt Vetschau/Spreewald
 Stimmkreis: 40

Bekanntmachung über die Durchführung eines Volksbegehrens „Volksinitiative zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge für Sandpisten“

Die Vertreter der Volksinitiative „Volksinitiative zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge für „Sandpisten““ haben fristgemäß die Durchführung eines Volksbegehrens verlangt. Die Landesregierung oder ein Drittel der Mitglieder des Landtages Brandenburg haben innerhalb der Frist des § 13 Absatz 3 des Volksabstimmungsgesetzes (VAGBbg) keine Klage gegen die Zulässigkeit des Volksbegehrens anhängig gemacht. Das Volksbegehren kann durch alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger ab dem

12. Oktober 2021 bis zum 11. April 2022

durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten oder durch briefliche Eintragung auf den Eintragungsscheinen unterstützt werden. Gemäß § 17 Absatz 2 VAGBbg können die Bürgerinnen und Bürger ihr Eintragsrecht durch Eintragung in die amtliche Eintragungsliste nur bei der Abstimmungsbehörde der Gemeinde ausüben, in der sie ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben; diese Bürgerinnen und Bürger können ihr Eintragsrecht jedoch auch bei den zu Buchstabe A) angeführten weiteren Eintragungsstellen ausüben.

Eintragungsberechtigt sind gemäß § 16 VAGBbg in Verbindung mit §§ 5 und 7 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes (BbgLWahlG) alle deutschen Bürgerinnen und Bürger, die zum Zeitpunkt der Eintragung oder spätestens am 11. April 2022

- das 16. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 12. April 2006 geboren sind,
- seit mindestens einem Monat im Land Brandenburg ihren ständigen Wohnsitz oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben sowie

- nicht nach § 7 BbgLWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

A) Unterstützung des Volksbegehrens durch Eintragung in Eintragungslisten

Das Volksbegehren kann durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten in den folgenden Eintragungsräumen der Abstimmungsbehörde bis Montag, den 11. April 2022, 16 Uhr unterstützt werden:

Eintragungsraum: Stadt Vetschau/Spreewald
 Stadthaus I, Raum 101
 Schlossstraße 10
 03226 Vetschau/Spreewald

| | | |
|-------------------|------------|--|
| Eintragungszeiten | Montag | 09:00 bis 12:00 Uhr |
| | Dienstag | 09:00 bis 12:00 Uhr und 13:30 bis 18:00 Uhr |
| | Mittwoch | 09:00 bis 12:00 Uhr |
| | Donnerstag | 09:00 bis 12:00 Uhr und 13:30 bis 16:00 Uhr |
| | Freitag | 09:00 bis 12:00 Uhr |

Personen, die sich in die Eintragungslisten eintragen wollen, haben sich über ihre Person auszuweisen (§ 7 Absatz 1 Volksbegehrensverfahrensverordnung - VVVBbg).

Wer sich in die Eintragungsliste einträgt, muss persönlich und handschriftlich unterzeichnen. Neben der Unterschrift sind Familienname, Vorname, Tag der Geburt, Wohnort und Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung oder gewöhnlicher Aufenthalt, sowie der Tag der Eintragung lesbar einzutragen (§ 18 Absatz 1 VAGBbg i. V. m. § 8 Absatz 1 VVVBbg). Eine Eintragung kann nach § 18 Absatz 2 VAGBbg nicht mehr zurückgenommen werden.

Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage sind, die Eintragung selbst vorzunehmen und dies mit Hinweis auf ihre Behinderung zur Niederschrift erklären, werden von Amts wegen in die Eintragungsliste eingetragen (§ 15 Absatz 2 Satz 2 VAGBbg i. V. m. § 8 Absatz 2 VVVBbg).

Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung den Eintragungsraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen können, können eine Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) mit der Ausübung ihres Eintragsrechts beauftragen. Hierfür ist der Hilfsperson eine entsprechende Vollmacht durch die eintragungsberechtigte Person auszustellen (§ 15 Absatz 2 Satz 2 VAG-Bbg i. V. m. § 7 Absatz 4 VVVBbg).

B) Unterstützung des Volksbegehrens durch briefliche Eintragung

Jeder Eintragungsberechtigte hat das Recht, auf Antrag das Volksbegehren durch briefliche Eintragung zu unterstützen. Der Antrag kann von der eintragungsberechtigten Person selbst oder einer von ihr bevollmächtigten Person schriftlich, elektronisch (z. B. per E-Mail oder Fax) oder mündlich (zur Niederschrift) bei der Abstimmungsbehörde gestellt werden, in der die eintragungsberechtigte Person ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung, oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bei der elektronischen Antragstellung ist der Tag der Geburt der antragstellenden Person anzugeben (§ 15 Absatz 6 Satz 4 VAGBbg). Eine fernmündliche Antragstellung ist unzulässig.

Die antragstellende Person kann sich bei der Antragstellung auch der Hilfe einer Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) bedienen (§ 15 Absatz 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Absatz 2 Satz 2 VAGBbg).

Eintragungsscheine können bis zwei Tage vor Ablauf der Eintragungsfrist beantragt werden (§ 8a Absatz 5 VVVBbg).

Die für die briefliche Eintragung erforderlichen Unterlagen (Eintragungsschein und Briefumschlag) werden der antragstellenden Person entgeltfrei übersandt.

Die Eintragung muss persönlich vollzogen werden. Wer wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, die briefliche Eintragung persönlich zu vollziehen, kann sich der Hilfe einer Person (Hilfsperson) bedienen (§ 15 Absatz 2 Satz 2 VAGBbg). Auf dem Eintragungsschein hat die eintragungsberechtigte Person oder die Hilfsperson gegenüber der Abstimmungsbehörde an Eides statt zu versichern, dass sie die Erklärung der Unterstützung des Volksbegehrens persönlich oder nach dem erklärten Willen der eintragungsberechtigten Person abgegeben hat (§ 15 Absatz 7 VAGBbg).

Bei der brieflichen Eintragung muss der Eintragungsberechtigte den Eintragungsschein so rechtzeitig an die auf dem amtlichen Briefumschlag angegebene Stelle absenden, dass der Eintragungsbrief dort spätestens am 11. April 2022, 16 Uhr eingeht.

Der Eintragungsbrief wird innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich von der Deutschen Post AG unentgeltlich befördert. Der Eintragungsbrief kann auch bei der auf dem Briefumschlag angegebenen Stelle abgegeben werden.

Das verlangte Volksbegehren hat folgenden Wortlaut:
Volksinitiative zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge für „Sandpisten“

Der Landtag wird aufgefordert, die gemeindlichen Erschließungsbeiträge für sogenannte „Sandpisten“ abzuschaffen, d. h. für Erschließungsanlagen oder Teile von Erschließungsanlagen, die vor dem 3. Oktober 1990 hergestellt oder für Verkehrszwecke genutzt wurden. Der Landtag möge eine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes vornehmen.

Begründung: Straßen sind Teil der Infrastruktur und damit der Daseinsvorsorge für jedermann. Als öffentlicher Raum sollten sie auch durch die Allgemeinheit finanziert werden.

Ein besonderer Vorteil für anliegende Grundstücke ist nicht quantifizierbar. Eine Anliegerbeteiligung an Erschließungsbeiträgen ist nur gerechtfertigt, wenn es sich um neu angelegte Straßen handelt, weil sie dann erstmals die Möglichkeit erhalten, ihr Grundstück auch mit Fahrzeugen zu erreichen. Bei einer seit Jahrzehnten bestehenden „Sandpiste“ bestand diese Möglichkeit aber auch schon früher. Dann sollten die Anlieger auch darauf vertrauen dürfen, dass aufgrund der langjährigen Benutzungsmöglichkeit keine Erschließungsbeitragspflichten mehr für die Fahrbahn, die Entwässerung, den Gehweg und das Straßenbegleitgrün entstehen werden. Erfolgt gleichwohl eine Heranziehung, führt dies bei den Betroffenen häufig zu Unverständnis und untergräbt das Vertrauen in die Rechtsordnung. Aus Gründen der Rechtssicherheit und der Gerechtigkeit ist es geboten, sog. „Sandpisten“ von der Heranziehung zu Erschließungsbeiträgen auszunehmen. Im Übrigen werden auch bei Landes- und Bundesstraßen keine Erschließungsbeiträge erhoben.

Vetschau/Spreewald, den 22.09.2021

Die Abstimmungsbehörde



Bengt Kanzler



Wótgłosowańske zastojnstwo: MĚSTO WĚTOŠOW/BŁOTA
Gmejna: MĚSTO WĚTOŠOW/BŁOTA
Głosowański wokrejs: 40 – GORNE BŁOTA – ŁUŽYCA III/SPRJEWJA-NYSA III

Wózjawjenje wó pšewježenju ludowego póžedanja “Ludowa iniciatiwa za wótpóranje wótwórjeńskich pšinoskow za ‘pěskowe pisty”

Zastupniki ludoweje iniciatiwy “Ludowa iniciatiwa za wótpóranje wótwórjeńskich pšinoskow za ‘pěskowe pisty’ su w pšawem casu pšewježenje ludowego póžedanja pominali. Krajne kněžarstwo abo tšešina cłonkow Krajnego sejma Bramborskeje njejsu w póstajonem casu § 13 pódstawk 3 kazni ludowego wótgłosowanja (VAGBbg) skjaržbu pšešiwu dopušćenju ludowego póžedanja zapódali.

Ludowe póžedanje móžo se wót wšykných do głosowanja wopšawnjonych bergařkow a bergarjow wót

12. oktobra 2021 až do 11. apryla 2022

ze zapisanim do wupožožonych zapisańskich lisćinow abo z listowym zapisanim na tych zapisańskich łopjenach pódpěrowaš. Wótpowědujucy § 17 wótstawk 2 VAGBbg mógu bergařki a bergarje swójo pšawo na zapisanje ze zapisanim do amtskeje zapisańskeje lisćiny jano pla toho wótgłosowańskego zastojnstwa teje gmejny wugbaš, žož swójo bydlenje maju, pla wěcej bydlenjow swójo głowne bydlenje abo, jo-lic njamaju bydlenje w Zwězkowej republice, swójo wšedne pšebywanje maju; te bergařki a bergarje mógu swójo pšawo na zapisanje pak teke pla tych pód pismikom A) napisanych dalšnych zapisańskich městnach wugbaš.

Do zapisanja wopšawnjone su wótpowědujucy § 16 VAGBbg w zwisku z §§ 5 a 7 Bramborskeje krajneje wuzwólowańskeje kazni (BbgWahlG) wšykne nimske bergařki a bergarje, kenž su w casu zapisanja abo nejžpózdžej dnja 11. apryla 2022

- swójo 16. žywjeńske lěto dapołnili, pótakem se pšed 12. aprylom 2006 narožili su,
- nanejmenjej mjasec w Bramborskej swójo stawne bydlenje maju abo, jo-lic njamaju bydlenje w Zwězkowej republice Nimska, swójo wšedne pšebywanje maju ako teke,
- njejsu pó § 7 BbgLWahlG wuzamknjone z wuzwólowańskego pšawa.

A) Pódpěrowanje ludowego póžedanje ze zapisanim do zapisańskich lisćinow

Ludowe póžedanje móžo se ze zapisanim do wupožožonych zapisańskich lisćinow w slědujucých zapisańskich rumnosćach wótgłosowańskego zastojnstwa až do pónježeze, 11. apryla 2022, zeger 16.00 góž. pódpěrowaš:

zapisańske městno Město Wětošow/Błota
rum 101
Grodowa droga 10
03226 Wětošow/Błota.

| | | |
|-----------------|-----------|--|
| zapisańske case | pónježełe | 09.00 – zeg. 12.00 |
| | wałtoru . | 09.00 – zeg. 12.00 a zeg. 13.30 – zeg. 18.00 |
| | srjodu | 09.00 – zeg. 12.00 |
| | stwórtk | 09.00 – zeg. 12.00 a zeg. 13.30 – zeg. 16.00 |
| | pětk | 09.00 – zeg. 12.00 |

atd.

Wósoby, kenž kšě se do zapisańskich lisćinow zapisaś, maju se wó swójej wósobje wupokazaś (§ 7 pódstawk 1 jadnańskego póředa ludowego póžedanja – VVVBbg).

Chtož se do zapisańskeje lisćiny zapisuju, musy wósobinski a rukopisnje pódpisaś. Mimo pódpisa muse se familijowe mě, pšedmě, žeń naroženja, bydleńske město a bydlenje, pla wěcej bydlenjow głowne bydlenje abo wšedne pšebywanje, ako teke žeń zapisanja zapisaś, tak až se daju derje cytaś (§ 18 pódstawk 1 VAGBbg w zwisku z § 8 pódstawk 1 VVVBbg). Zapisanje njamóžo se pó § 18 pódstawk 2 VAGBbg wěcej slědk wześ.

Do zapisanja wopšawnjone wósoby, kenž dla šělnego bracha njejsu w položenzju, zapisanje sami wugbaś a to z pokazku na swój brach napisaś daju, se pó zastojnsku do zapisańskeje lisćiny zapišu (§ 15 pódstawk 2 VAGBbg w zwisku z § 8 pódstawk 2 VVVBbg).

Do zapisanja wopšawnjone wósoby, kenž dla šělnego bracha do zapisańskeje rumnosći písí njamógu abo jano pó njepšíspiwajobnymi šěžkosćami tam dojś mógu, mógu wósobje swójeje dowěry (pomocna wósoba) nadawk daś, swójo zapisańske pšawo wugbaś. Za to ma do zapisanja wopšawnjona wósoba pomocnej wósobje wótpowědujucu połnomóc wupisaś (§15 pódstawk 2 VAGBbg w zwisku z § 7 pódstawk 4 VVVBbg).

B) Pódpěranje ludowego póžedanja z listowym zapisanim

Kuždy do zapisanja wopšawnjony ma pšawo, na pšosbu ludowe póžedanje z listowym zapisanim pódpěraś. Pšosba móžo se wót do zapisanja wopšawnjoneje wósoby sameje abo jadneje wót njeje społnomócnjoneje wósoby pisnje, elektroniski (na písikład z e-mail abo faksom) abo wustnje (za zapisanje) we wótgłosowańskem zastojnstwje stajiś, w kótaremž do zapisanja wopšawnjona wósoba swójo bydlenje, pla wěcej bydlenjow swójo głowne bydlenje, abo swójo wšedne pšebywanje ma. Pší elektroniski stajonej pšosbje musy se žeń naroženja pšosbu stajuceje wósoby pódaś (§15 pódstawk 6 sada 4 VAGBbg). Telefoniske stajanje póžedanja njejo dowólone.

Póžedanje stajeca wósoba móžo písí stajanju pšosby teke pomoc wósoby swójeje dowěry (pomocneje wósoby) wužywaś (§ 15 wótstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 pódstawk 2 sada 2 VAGBbg).

Zapisańske łopjena mógu se až do dwa dnja pšed zakóńcenim zapisańskego casa póžedaś (§ 8a pódstawk 5 VVVBbg).

Za listowe zapisanje trjebne pódlóžki (zapisańske łopjeno a listowa wobalka) se póžedanje stajucej wósobje dermo písípóscelu.

Zapisaś musy se wósobinski. Chtož dla šělnego bracha w položenzju njejo, listowe zapisanje wósobinski pšewjasć, móžo pomoc jadneje wósoby (pomocna wósoba) wužywaś (§ 15 pódstawk 2 sada 2 VAGBbg). Na zapisańskem łopjenje ma do zapisanja wopšawnjona wósoba abo pomocna wósoba napšeśiwo wótgłosowańskemu zastojnstwoju město písisegi wobwěśiś, až jo wuzjawjenje

pódpěranja ludowego póžedanja wósobinski a pó wuzjawjonej wóli do zapisanja wopšawnjoneje wósoby wótedała (§15 pódstawk 7 VAGBbg).

Pší listowem zapisanju musy do zapisanja wopšawnjony zapisańske łopjeno scasom na to na amtskej listowej wobalce pódate městno wótpóstaś, až zapisański list nanejpózdźej 11. apryla 2022, 16.00 góžin dojžo.

Zapisański list se we Zwězkowej republice Nimska jadnučki z Nimskim postom AG dermo pósrědnijo. Zapisański list móžo se teke na tom na listowej wobalce pódanem městnje wótedaś.

Pominane ludowe póžedanje ma slědujucy póstłowny tekst:

Ludowa iniciatiwa za wótpóranje wótwórjeńskich pšinoskow za “pěskowe pisty”

Krajny sejm se napominajo, wótpóraś gmejske wótwórjeńske pšinoski za tak pomjenjone “pěskowe pisty”, to groni za wótwórjeńske založki abo žěle wótwórjeńskich založkow, kenž su južo pšed 3. oktobrom 1990 nastali abo za wobchadne zaměry se wužywali su. Daś krajny sejm wótpowědujuce změny komunalneje wótedankoweje kazni pšewježo.

Wobtwarženje: Drogi su žěl infrastruktury a stakim teke žěl wšedneje pótrjeby kuždego. Ako zjawny rum dejali se teke wót zjawnosći financěrowaś. Wósebna lěpšyna za pšigranicujuce grunty se njedaju kwantificěrowaś. Wobžělenje pšigranicujucych na wótwórjeńskich pšinoskach jo jano wopšawnjone, gaž se jadna wó wutwarjone nowe drogi, dokulaž z tym dostanu pón přědny raz móžnosć, na swóje grunty

teke z wózydłami dojěš. Pší takej juž lětzasetki eksistěrujucej “pěskowej pisće” pak jo toś ta móžnosć juž do toho była. Pón dejali se pšigranicujuce móc na to spuściś, až na zakłaže dłužkolětnej wužywańskej móžnosći wótwórjeńske pšinoski za jězdnu ceru, wóduwótpušćenje, chódnik a nabocnu zeleń drogow wótwórjeńske pšinoski njenastanu. Stawa se take něco pak, wježo to pla pótrefjonych cesto k njedorozměšam a pódrywa dowěru do pšawniskego póřěda. Dla pšawniskeje wěstosći a spšawnosći jo nuznje trjebne, tak pomjenjone “pěskowe pisty” wuwzeš z trjebnosći wótwórjeńskich pšinoskow. Mimo toho se teke za krajowe a zwězkowe drogi take wótwórjeńske pšinosku njepominaju.

Wětošow/Błota, dnja 22.09.2021

(słužbny zygel)




Bengt Kanzler

wótgłosowańske zastojnstwo

UNTERSCHRIFT + SIEGEL

Bengt Kanzler

